Nr. 483
B 239
Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 12. Oktober 1927
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw Redakteur (m Ausn d Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Pommerns Erntekatastrophe

Eine Besichtigungsfahrt

Von
Ernst Lemmer,
Mitglied des Reichstags

Der Preußische Landtag berät heute über Hilfsmaßnahmen für die durch Ernteschäden betroffenen Landwirte.

Die Ungunst der Witterung hat in Teilen des Ostseeküstengebiets die Mißernte tatsächlich zur Katastrophe werden lassen. Noch bis in den September hinein blieb ein Schimmer von Hoffnung, wenigstens noch einen Teil der Getreide- und Hackfruchternte leidlich hereinzubringen. Die schweren Regenfälle in der zweiten Septemberhälfte zerstörten die letzten Hoffnungen, die im Frühjahr zunächst an eine Vegetation geknüpft wurden, von der man mit Recht in den norddeutschen Agrarbezirken eine Rekordernte erwarten dürfte. Die reichen Niederschläge dieser Sommermonate gaben zunächst keine Veranlassung zur Beunruhigung, die Verzögerung der Ernte um 2—3 Wochen konnte in Kauf genommen werden. Die zweite Hälfte des August brachte den beklagenswerten Umschwung. Seitdem regnete es fast ununterbrochen. Das Einbringen der Ernte wurde nicht nur verzögert, sie wurde auf weite Strecken im nordöstlichen Mecklenburg und an der vorpommerschen Küste geradezu vernichtet.

Nur an Ort und Stelle vermag man sich ein tatsächliches Bild vom Umfang der Erntekatastrophe zu machen. Der Stralsunder Regierungspräsident, Dr. Haußmann, gab mir Gelegenheit, ihn auf einer mehrtägigen Besichtigungsfahrt durch das Katastrophengebiet zu begleiten. Was sich da dem Auge bot, ist teilweise unbeschreiblich. Vor allem schwer scheint der nördliche Teil der Insel Rügen von der Erntekatastrophe heimgesucht worden zu sein.

Die Halbinsel Wittow auf Insel Rügen gilt als besonders fruchtbar, sie wird die „Kornkammer" Pommerns genannt. Nach der behördlichen Schätzung dürfte auf ihr die Getreideernte zu mehr als die Hälfte und die Hackfrucht- und Gemüseernte sogar zu 60 bis 65 Prozent vernichtet sein. Von einzelnen Gütern und Bauernhöfen, deren Aecker besonders ungünstig liegen, werden sogar Schäden von 75 bis 80 Prozent gemeldet. Aber auch selbst das, was Ende August leidlich hereingebracht werden konnte, ist von mittlerer Qualität, so daß es nur schwer gelingt, diese Produkte an der Berliner Börse zu normalen Preisen abzusetzen. Da die Witterung ein rechtzeitiges Mähen unmöglich machte, ist auch der quantitative Körnerertrag gering, da der Körnerausfall beim Mähen und Binden erheblich war. Der Ausfall ist verschieden groß. Auf der Insel Rügen, auf der in Normaljahren pro Morgen etwa 12 Ztr. Weizen oder Roggen geerntet wurden, werden in diesem Jahre nach der behördlichen Erhebung meist kaum mehr als 7 Ztr. Ertrag bringen, wobei die Qualität dieses Ertrages noch so zweifelhaft ist, daß nur ein Teil davon sich normalerweise wird auf den Markt bringen lassen. Nach einer Berechnung, die Mitte September gemacht wurde, dürften **im Regierungsbezirk Stralsund die Durchschnittsgewichte für Weizen nicht mehr als 70 Kilo, für Roggen nicht mehr als 65 Kilo und für Hafer nicht mehr als 48 Kilo im Hektoliter betragen.** Die Hackfruchternte fällt zum Teil noch schlechter aus, da die Kartoffeln durch die fortwährende Nässe verfaulen und die Zuckerrüben infolge fehlender Sonne so klein ausgefallen sind, daß sie von den Zuckerfabriken kaum rationell verarbeitet werden können.

Die Mißernte bedeutet für Teile der pommerschen Landwirtschaft einen schweren Schlag. Alles ruft nun in der Not den Staat um Hilfe an. Besonders lebhaft die, die sich sonst als Staatsbürger nicht genug in der Negation des neuen Staates hervortun konnten. Sie sind ganz kleinlaut geworden. Bei der großen Verschuldung mancher Güter — der öffentliche Kreditsegen ward in den letzten Jahren allzu reichlich, so daß oft die übermäßige Hereinnahme solcher Kredite geradezu provoziert wurde — steht angesichts der Mißernte deren finanzieller Zusammenbruch bevor. Außerdem scheinen auch die kurzfristigen Schuldverpflichtungen, die außergewöhnlich hoch zu verzinsen sind, beträchtlich zu sein. Die Kreditinstitute scheinen nicht in der Lage zu sein, mit normalen Mitteln helfend einzugreifen. Ihre finanziellen Engagements sind zum Teil schon so beträchtlich, daß sie sogar nur in beschränktem Umfange noch die Betriebsmittel zur Verfügung stellen können, damit die Ernte hereingeholt werden kann. Die Verpflichtung des Staates, im Interesse der Volkswirtschaft zu handeln, dürfte unbestritten sein. **Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag im Reichstag gestellt, der die Reichsregierung ersucht, Teile von Mecklenburg und Pommern zu Notstandsgebieten zu erklären, auf die Rentenbankkreditanstalt einzuwirken, daß die im Herbst fälligen Kredite zunächst um ein halbes Jahr gestundet werden, und außerdem Mittel für langfristige Kredite bereitzustellen, damit die kurzfristigen Verbindlichkeiten abgelöst werden können.**

Der demokratische Antrag fordert dabei noch im besonderen, daß die staatliche Hilfsaktion nicht ausschließlich dem Großgrundbesitz zugute kommt, der die landwirtschaftlichen Kreditorganisationen beherrscht, sondern vor allem auch die kleinbäuerlichen Betriebe berücksichtigt werden; denn nicht nur der Großgrundbesitz ist von den Ernteschäden getroffen, sondern teilweise auch der bäuerliche Kleinbesitz, wenn sich letzterer auch im ganzen als widerstandsfähiger erwiesen haben dürfte. Der Kleinbesitz ist gegenüber den Einflüssen der Natur viel elastischer, er hat auch in diesem Fall einmal wieder gegenüber dem Großgrundbesitz seine volkswirtschaftliche Ueberlegenheit bewiesen.

Es muß erwartet werden, daß die Regierungsstellen rasch handeln. Preußen hat nicht auf sich warten lassen, es hat dankenswerterweise sogleich für die erste Hilfe einige Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der Andrang, die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen zu können, wird groß sein. Darum ist es notwendig, daß die Behörden die Hilfeleistung nicht schematisch, sondern möglichst individuell vornehmen; denn die Ernteschäden haben sich durchaus nicht so gleichmäßig ausgewirkt, wie es äußerlich erscheint. Es kommt noch ein anderes hinzu. Es scheint mir unerträglich zu sein, daß der Staat seine finanzielle Hilfe solchen Betrieben gewährt, die trotz ihrer finanziellen Bedrängnis nach wie vor Mittel genug zur Verfügung haben, um die nationalistischen und völkischen „Wehrverbände" sowie auch die Deutschnationale Partei zu finanzieren. Es dürfte den Regierungsstellen bekannt sein, daß in Pommern die berufsständische Organisation des Großgrundbesitzes neben dem berechtigten Organisationsbeitrag pro Morgen gleichzeitig die Beiträge für die verschiedenen politischen Organisationen einzieht. Der Besitzer, der für politische Zwecke auch große Beträge zur Verfügung stellen kann, dürfte nicht berechtigt sein, die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen, den er durch seine politische Organisation leidenschaftlich bekämpfen läßt.

London schweigt

Zu Primos Interview

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

whe **London,** 12. Oktober

Obwohl Primo de Riveras Erklärungen über seine Besprechung mit Chamberlain auch in England in der „Sunday Times" wiedergegeben wurden, verzichtete die englische Presse auch jetzt noch, nachdem wenigstens von spanischer Seite Mitteilungen über die Begegnung von Majorka gemacht worden sind, auf jeden Kommentar. Diplomaten und Parlamentarier, die über außenpolitische Probleme gut unterrichtet sind, sehen gleichfalls von jeder Stellungnahme zu den spanischen Mitteilungen, die bisher von offizieller englischer Seite weder dementiert noch eingeschränkt wurden, sorgfältig ab.

Die Erklärungen für dieses Verhalten der englischen Oeffentlichkeit ist wohl durch den Wunsch begründet, Chamberlains Vermittlungstätigkeit, die eben erst in Paris eingesetzt hat, nicht zu stören. Primo de Riveras Erklärungen, wonach nicht nur ein französisch-spanischer Gebietstausch, sondern auch eine englisch-spanische Entente zwischen ihm und Chamberlain in Aussicht genommen sei, wird vorläufig öffentlich unbeachtet gelassen, aber umso lebhafter in außenpolitisch interessierten Kreisen diskutiert. Auch hier hält man mit der öffentlichen Stellungnahme zurück, weil man auch im Lager der Oppositionsparteien vorgibt, davon überzeugt zu sein, daß Chamberlain nur ganz bedingt von der Möglichkeit einer solchen Entente gesprochen habe. Chamberlain, so wird betont, könnte die Möglichkeit einer Entente den Spaniern als Belohnung für den Abschluß eines dauerhaften, alle Interessenkonflikte ausschließenden Vertrages mit Frankreich in Aussicht gestellt haben. Chamberlain würde sich keinesfalls auf einen bedeutungslosen Vertragsabschluß mit Spanien eingelassen haben, da eine englisch-spanische Entente, wenn keine Verständigung zwischen Frankreich und Spanien vorhergegangen sei, eine fast unerträgliche antifranzösische Belastung der englischen Politik darstellen würde.

Ob diese politische Unbesorgtheit im vollen Umfange gerechtfertigt ist, wird sich erst feststellen lassen, wenn Chamberlain Mitte November im Unterhaus über seine außenpolitische Aktivität in Genf und vor Majorka interpelliert wird. Die unverhohlene Genugtuung über den Verlauf der englisch-spanischen Ministerbegegnung, die in militärischen und Marinekreisen zu bemerken ist, würde eher darauf schließen lassen, daß mehr oder weniger unabhängig vom nordafrikanischen Ausgleich zwischen Paris und Madrid die im Interesse der Sicherung der englischen Verbindungslinien durch das Mittelmeer längst von militärischer Seite befürwortete englisch-spanische Annäherung weiter wesentliche Fortschritte gemacht hat. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, ein vorläufig völlig unverbürgtes Gerücht zu verzeichnen, wonach Spanien für den Fall, daß es mit Frankreich zu keiner Verständigung gelangen kann, England ein Vorkaufsrecht auf seine marokkanischen Enklaven und seine Tangerinteressen angeboten haben soll.

Mitchell über die Transferfrage

Funkdienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York,** 12. Oktober

Charles Mitchell, der Präsident der National City Bank gab vor Pressevertretern die Eindrücke seiner Studienreise nach Deutschland wieder. Es sei ihm vor allem aufgefallen, daß viel gebaut würde, die Betriebsanlagen scheinen sich in bestem Zustande zu befinden. Mitchell ist der Ansicht, daß der industrielle Aufschwung Deutschlands in erster Linie auf den englischen Kohlenstreik zurückzuführen sei, der Deutschland fremde Märkte erschlossen und damit vielleicht den Erholungsprozeß nach der Stabilisierung übermäßig schnell entwickelt hätte. Es bestehe daher gegenwärtig in Deutschland eine gewisse Tendenz zu einer wirtschaftlichen Aufblähung. Mitchell hält es jedoch für mehr als wahrscheinlich, daß das deutsche Volk seine Reparationslasten in Mark leisten wird; Schwierigkeiten sieht Mitchell nur in der Transferfrage. Die Festsetzung der Gesamtsumme der Reparationen sei unvermeidlich, wenn nicht ganz Europa weiterhin unter Ungewißheit leiden will. Wenn diese Ungewißheit beseitigt ist, wird es für alle Seiten von Vorteil sein, daß Deutschland jene gesunde wirtschaftliche Stellung wieder erlangt, auf die ihn der Fleiß seiner Bevölkerung Anrecht gibt.

Keine Demarche in Paris

s **Paris,** 12. Oktober

Eine vom „Journal" verbreiteten Nachricht, daß der deutsche Botschafter Herr v. Hoesch am Montag bei Briand eine Demarche unternommen habe, wird von zuständiger deutscher Stelle entschieden bestritten. Die Demarche soll sich gegen die Interpretation des Beschlusses der Botschafterkonferenz in der Frage der Reduktion der Rheinlandtruppen durch den General Guillaumat gerichtet haben. Da diese Interpretation eine Verminderung der Truppen nur um rund 7000 statt 10 000 Mann ankündigte. Der deutsche Botschafter Herr v. Hoesch hat zwar Briand am Montag besucht, es hat sich aber dabei um einen jener Höflichkeitsbesuche gehandelt, die in letzter Zeit zwischen unserem Botschafter und Herrn Briand oder Herrn Berthelot ziemlich häufig sind. Die **Rückführung der Rheinlandtruppen im Rahmen des jüngsten Beschlusses der Botschafterkonferenz vollzieht sich durchaus normal** und es liegt deutscherseits nicht der geringste Anlaß zu einer Demarche vor.

Buchmacher-Affären

Eine Erklärung im Preußischen Landtage

Die heutige Landtagssitzung begann mit einer Erklärung des Abg. Blank (Ztr.) über die Vorwürfe, die ein Montagblatt gegen ihn wegen angeblicher Inkorrektheiten bei der Besorgung von Buchmacherstellen erhoben hat. In dem Artikel wurde u. a. gesagt, daß zwei Abgeordnete sich selber eine Konzession zum Mißbrauch ihrer parlamentarischen Stellung gegeben hätten. Abg. Blank erklärte, daß er die in der Affäre genannten Personen (außer dem Zentrumsabgeordneten Teitscheid) weder vorher gekannt, noch auch später irgend etwas mit ihnen zu tun gehabt habe und daß er sich niemals, weder direkt noch indirekt, um Buchmacherkonzessionen gekümmert habe. Nur in Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit während der Parlamentsferien sei er als einer der wenigen in Berlin anwesenden Abgeordneten um Auskunftserteilung in Buchmacherkonzessions-Angelegenheiten angegangen worden, und er habe damals die Fragesteller an den Abgeordneten Teitscheid verwiesen, der im Landtag einen Antrag auf Neuerteilung von Buchmacherstellen eingebracht habe. Abgesehen von mehrfachen Nachfragen nach Herrn Teitscheid durch einen der Interessenten habe er mit der Sache nichts zu tun gehabt. Wegen der beleidigenden unwahren Behauptung in dem oben erwähnten Schlußsatz habe er Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

0149